

Grundsätze für die Gewährung finanzieller Zuwendungen zur Förderung der schulbezogenen Jugendarbeit im Landkreis Gotha

1. Allgemeines

Der Landkreis Gotha gewährt nach den §§ 11 und 13 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) Kinder- und Jugendhilfegesetz Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie, der Landesrichtlinie „Örtliche Jugendförderung“ und unter Anwendung der Dienstanweisung D 70/2002-II.2 über die Vergabe von Zuwendungen des Landkreises Gotha an andere Gebietskörperschaften, Institutionen und dergleichen.

Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Der Landkreis entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Landeshaushaltsmittel.

2. Zuwendungszweck

Zuwendungszweck ist die Stabilisierung von Angeboten der schulbezogenen Jugendarbeit. Den Schülern sollen bedarfs- und interessengerechte Angebote zur sinnvollen Freizeitgestaltung zur Verfügung gestellt werden, welche auch deren soziales Engagement und ihre gesellschaftliche Mitverantwortung anregen und sie zur Selbstbestimmung befähigen. Schuljugendarbeit unterstützt den Bildungs- und Erziehungsauftrag, den Schule in Verbindung mit den Eltern zu erfüllen hat und soll auch einen Beitrag zur Vorbereitung der Schüler auf ein Leben nach der Schule leisten.

3. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden können Projekte an Regelschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Berufsschulen in Kooperation mit Trägern der freien Jugendhilfe oder Schulfördervereinen auf der Grundlage einer Konzeption zur schulbezogenen Jugendarbeit an der Schule. Förderfähig sind grundsätzlich Sachausgaben und Personalausgaben in Form von Honorarausgaben.

Nicht förderfähig sind Reisekosten sowie Ausgaben für Unterricht, Studien- und Schullandheimfahrten, Wandertage, Horte, Investitionen, unterrichtsbegleitende Projekte, Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe.

Förderfähige Maßnahmen sind insbesondere:

1. Freizeit- und Erlebnispädagogische Angebote, wie z.B. Sport, Spiel und Geselligkeit, Umwelt, Technik, Theater, Kunst, Medien
2. Schülerprojekte mit sozialer Ausrichtung
3. Angebote der Gewalt- und Suchtprävention
4. Angebote der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung
5. Angebote der Gesundheitserziehung
6. Angebote zur praktischen Lebenshilfe
7. Gezielte Lernförderung (Beratung und Hilfe)

4. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind anerkannte Träger der freien Jugendhilfe, Schulfördervereine sowie Städte und Gemeinden.

5. Zuwendungsvoraussetzungen

Zuwendungsvoraussetzung ist ein von der Schulkonferenz beschlossenes Konzept zur schulbezogenen Jugendarbeit, welches dem Zuwendungszweck und dem Gegenstand dieser Richtlinie entspricht, einschließlich eines Kosten- und Finanzierungsplanes sowie einer verbindlichen Vereinbarung zwischen Schule und dem Träger der Maßnahme. Die Vereinbarung ist mit dem staatlichen Schulamt und dem Schulträger abzustimmen.

Die Förderung von Honorarkosten erfolgt nur für Personen, die sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen und eine dieser Aufgabe entsprechende Ausbildung (Fachkräfte) erhalten haben oder auf Grund besonderer Erfahrungen in der Lage sind, die Aufgabe zu erfüllen.

6. Zuwendungs- und Finanzierungsart

Die Zuwendung wird als Projektförderung gewährt. Die Finanzierung erfolgt als Anteilsfinanzierung. Zuschussfähig sind 90 % der Gesamtausgaben. Es ist der Einsatz von 10 % Eigenmitteln bzw. Eigenleistung erforderlich. Dies ist z.B. auch durch das unentgeltliche Erbringen von Kursstunden möglich.

6.1. Bemessungsgrundlage

Zuwendungsfähige Ausgaben sind:

- a) Sachkosten in Form von
 - Spiel-, Arbeits- und Verbrauchsmaterialien
 - Geräten

Der Einzelbeschaffungswert darf 400 € nicht übersteigen.

- b) Honorarkosten bis zu maximal 10,00 € pro Zeitstunde

Es werden nur Kurse mit einer Mindestteilnehmerzahl von 8 Schülern gefördert.

7. Sonderregelung

In besonders begründeten Einzelfällen ist eine von dieser Richtlinie abweichende Förderung durch Beschluss des Jugendhilfeausschusses möglich.

8. Verfahren

8.1. Antragsverfahren

Für die Bewilligung einer Zuwendung bedarf es eines schriftlichen Antrages des Maßnahmeträgers. Antragsunterlagen sind bei dem Jugendamt des Kreises Gotha anzufordern. Der Antrag ist mit allen geforderten Anlagen vollständig einzureichen. Die Bewilligungsbehörde kann weitere Unterlagen zur Prüfung anfordern.

Die Anträge sind bis zum 15.11. eines Jahres für das kommende Kalenderjahr an das Jugendamt des Kreises Gotha zu richten. Der Antrag für das Jahr 2006 ist bis zum 31.03.06 an das Jugendamt Gotha zu richten.

8.2. Bewilligung

Die Bewilligungsentscheidung trifft der Jugendhilfeausschuss.

Bewilligungsbehörde ist das Jugendamt des Kreises Gotha. Die Entscheidung über den Antrag wird dem Antragsteller durch einen Bescheid schriftlich mitgeteilt.

Der Bewilligungszeitraum ist für ein Haushaltsjahr begrenzt und wird im Bescheid festgelegt.

9. Auszahlung der Zuwendung

Die Auszahlung der Mittel erfolgt für den Bewilligungszeitraum in einer Summe nach Bestandskraft des Zuwendungsbescheides und Anforderung der Mittel durch den Zuwendungsempfänger.

10. Vorzeitiger Maßnahmebeginn

In den vorzeitigen Beginn der Maßnahmen nach dieser Richtlinie wird eingewilligt, wenn bis zum 15.11. des dem Bewilligungszeitraum vorhergehenden Jahres ein Förderantrag beim Jugendamt Gotha gestellt wurde. Für das Förderjahr 2006 gilt hier der Termin 31.12.2005. Mit dieser Einwilligung ist kein Rechtsanspruch auf eine Förderung verbunden, vielmehr handelt es sich hierbei um eine verfahrensbedingte Maßnahme, die zur Herstellung der Förder Voraussetzungen dem Grunde nach beiträgt, die aber keine der für eine Förderung noch zu erfüllenden Voraussetzungen ersetzen kann.

11. Nachweis der Verwendung

Der Nachweis der Verwendung ist von dem Zuwendungsempfänger bis zum im Zuwendungsbescheid festgesetzten Termin unaufgefordert bei der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Bei vorzeitigem Maßnahmeabbruch hat der Verwendungsnachweis spätestens einen Monat nach dem Abbruch zu erfolgen. Fehlende oder auch unzulängliche Verwendungsnachweise schließen eine Förderung in Folgezeiträumen für den betreffenden Träger grundsätzlich aus.

12. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt rückwirkend zum 01.01.2006 in Kraft.

Gotha, den

V.i.A. Gießmann
Landrat